

# 2016 als Wendepunkt im Umgang mit der fränkischen Identität des heutigen Südthüringen

Verein Henneberg-Itzgrund-Franken: Kreisgebietsreform derzeit Thema Nummer Eins in der Region

„Unsere Bemühungen zielten von Anfang an darauf ab, zuerst in Erfurt eine Änderung zu erwirken. Nach gut drei Jahren ist uns dies nun gelungen. Nachdem wir am 24. September 2015 unseren Offenen Brief verfassten und am 31. August 2016 eine Unterschriftensammlung für einen Wechsel des Altkreises Sonneberg in den Freistaat Bayern gestartet haben, gab es mehrere positive Signale aus Erfurt.

Im Frühjahr ordnete der Thüringer Minister für Inneres und Kommunales, Holger Poppenhäger (SPD), unsere Region Franken zu. Am 2. September stellte er fest, dass man nicht im Freistaat Bayern wohnen muss, um Franke zu sein.

Am 8. September erklärte der Thüringer Minister für Kultur, Benjamin Hoff (Die Linke), dass man Kontakt zum Bayerischen Kultusministerium aufgenommen hat, um das heutige Südthüringen zusammen mit Teilen Ober- und Unterfrankens u.a. touristisch gemeinsam als eine fränkische Region zu vermarkten. Dieser Schritt ist maßgeblich auf unseren gezielten Einsatz 2014 bei der Entwicklung eines Kulturentwicklungskonzepts für die Landkreise Sonneberg und Hildburghausen zurückzuführen. Damals konnten wir erreichen, dass man Coburg, als namensgebenden dritten Bestandteil der Pflege Coburg, ausgiebig in die Überlegungen und Ausarbeitungen mit einbezogen hat. Dass dies nun auf den gesamten fränkischen Teil des Freistaats ausstrahlt, freut uns sehr.

Am 18. Oktober erklärte der Thüringer Ministerpräsident, Bodo Ramelow (Die Linke), man wolle beginnen den Fränkischen Raum im Ganzen größer zu denken.

Anfang November wurde nach wiederholtem Protest unsererseits die Standortbeschreibung auf der Webseite des Deutschen Burgenmuseums in einer Form korrigiert, die zumindest keine offensichtlichen Kritikpunkte mehr liefert, indem man unsere Region südlich des Rennsteigs nicht mehr eindeutig von Franken ausschließt.

Vor wenigen Tagen erreichte uns eine Gesprächsanfrage von Bodo Ramelow.

Der Zug ist ins Rollen gekommen. Die mit dem Mauerbau begonnene Unterdrückung der fränkischen kulturellen Identität und der sehr langen fränkischen Geschichte unserer Region zwischen Bad Salzungen und Sonneberg scheint so langsam ein Ende zu finden. Jetzt hoffen wir darauf, dass den Worten auch Taten folgen werden.“, stellt Martin Truckenbrodt (45, Frankenblick), 1. Vorsitzender des parteiübergreifenden Vereins, durchaus zufrieden fest. „In unseren offiziellen Wortmeldungen und Beiträgen üben wir als Verein zwar sehr konkret formulierte Kritik, bleiben jedoch sehr sachlich. Sehr wichtig ist es uns auch, konstruktive Beiträge zu leisten. Dies unterscheidet uns wohl oft auch etwas von der fränkischen Bewegung im Freistaat Bayern.“, betont der 2. Vorsitzende Thomas Tasler (28, Grabfeld/Leipzig).

In die Diskussion um die geplante Kreisgebietsreform im Freistaat Thüringen bringt sich der Verein in Form seiner Stellungnahme vom 25. Januar 2015 mit sehr grundsätzlichen Gedanken und Vorschlägen ein. So empfiehlt man eine zumindest gedankliche Rückgängigmachung der

Kreisgebietsreformen von 1952 und 1993/1994, um mit diesen über viele Jahrhunderte hinweg historisch gewachsenen Struktur neu zu planen. „Es ist nicht gerade nachhaltig, dass man seitens der Thüringer Landesregierung nicht bereit ist, die aktuellen Landkreise in Frage zu stellen. So verbaut man sich die Möglichkeit in der Vergangenheit gemachte Fehler rückgängig zu machen. Der Wartburgkreis ist nur einer dieser Fehler. Insbesondere den Norden und den Nordwesten unseres Bundeslandes kann und muss man mit seinen aktuellen Landkreisen doch als recht verhunzt bezeichnen.“, meint Truckenbrodt.

Ein weiterer Punkt ist die möglichst vollständige Abschaffung der Mittleren Verwaltungsebene. „Der Freistaat Thüringen mit seinen gut zwei Millionen Einwohnern und etwa 1,2 Millionen Erwerbsfähigen leistet sich eine Mittlere Verwaltungsebene mit mehr als 3.000 Mitarbeitern, davon allein mehr als 1.400 Mitarbeiter im Landesverwaltungsamt. Kein Wunder, dass man hier im Bundesvergleich einen negativen Spitzenplatz bei der Anzahl der Beschäftigten in der Verwaltung je Einwohner einnimmt. Die Kommunen haben ihren Personalstamm die letzten Jahre bereits sehr drastisch verkleinert. Jetzt steht das Land in der Pflicht nachzuziehen.“, erklärt Tasler. Laut Truckenbrodt wird eine Verwaltungs-, Struktur- und Gebietsreform nur dann glaubhaft sein, wenn man u.a. die im Volksmund „Landesverhinderungsamt“ genannte Behörde in Weimar auflöst. Die wenigen eindeutig landeshoheitlichen Behörden und Aufgaben sollten direkt den zuständigen Ministerien angeschlossen, alle anderen Aufgaben der oberen kommunalen Ebene zugewiesen werden. „Hier gibt es enormes Potential für eine Steigerung von Effektivität und Effizienz. Weiterhin findet dadurch Verwaltung wesentlich näher bei Bürgerinnen und Bürgern statt. Auch die Wirtschaft sollte sich über diese Erleichterung sehr freuen.“, ergänzt Truckenbrodt.

Um die zusätzlichen und auch Teile der heutigen Aufgaben zu bewältigen, empfiehlt der Verein in seiner Stellungnahme die Aufwertung der Planungsregionen zu Verwaltungsgemeinschaften der Landkreise und kreisfreien Städte. „Bodo Ramelows jüngster Vorschlag, die Planungsregionen zur Regierungspräsidien auszubauen, schafft lediglich eine neue Form der Mittleren Verwaltungsebene. Der Freistaat Thüringen, als gemäß der Einwohnerzahl drittkleinstes Flächenbundesland, hat jetzt die Chance sich selbst, unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gepaart mit maximal möglicher Subsidiarität, vorbildliche Verwaltungsstrukturen zu geben. Er könnte damit Vorreiter und Initiator bezüglich einer eigentlich dringend notwendigen bundesweiten Föderalismusreform sein.“, schließt Truckenbrodt ab.